

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Befellungen nehmen die Redaktionen an für den Anzeiger für das Erzgebirge an. — Verträge werden durch die Redaktionen abgeschlossen. — Preisliste Nr. 23.

Redaktionspreis: Die Redaktionspreise für den Anzeiger für das Erzgebirge sind im Anzeiger für das Erzgebirge, Ausgabe Nr. 23, Seite 1, angegeben. — Preisliste Nr. 23.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 100.

Nr. 23

Montag, den 28. Januar 1924

19. Jahrgang

Das Tagebuch des Generals Allen.

Die Besetzung des Ruhrgebietes schon 1920 geplant.

Generalmajor Allen, der an der Spitze der amerikanischen Organisationen für die deutschen Volksteilnehmer steht, hat sein Tagebuch veröffentlicht, aus dem jetzt Auszüge veröffentlicht werden. Das Buch betitelt sich „My Rhineland Journal“. Es ergibt sich daraus, daß die französische Besetzung des Ruhrgebietes bereits im Jahre 1920 zur Zeit des Ruhr-Streikes, ins Auge gefaßt war. Unter dem 14. März 1920 verzeichnet Allen: Ich hörte heute, daß Millerand, der neulich bei der Sitzung des Obersten Rates mit Marshall Foch und General Beugnot in London gewesen war, versprach, daß die Besetzung des Ruhrgebietes etwa am 1. März erfolgen solle, daß die technischen Vorbereitungen hierzu bereits getroffen worden seien und die Truppen zur Verfügung ständen. Marshall Foch dachte zuerst daß acht Divisionen genügen würden, aber nach einer erneuten Prüfung beschloß er, daß es zwölf sein müßten.

Unter dem 8. April 1920 ist verzeichnet: In Mainz gab mir Degoutte eine Darstellung über die Besetzung von Frankfurt und Darmstadt. Die Frage, die ihn ausschließlich beherrschte, war das Ruhrgebiet. Der ganze Ton der Unterhaltung war auf den Gedanken abgestimmt Deutschland schaffe in seiner Bosheit eine unwahre Situation im Ruhrgebiete, um eine große Truppenmacht zu unterhalten, die in Wahrheit gegen Frankreich gerichtet sei. Im Ruhrgebiete habe es keine Unruhen bis zum Einrücken der Reichswehr gegeben. Es ist klar daß eine französische Besetzung des Ruhrgebietes ins Auge gefaßt ist. Während der vielen Stunden die ich mit Degoutte verbrachte, fühlte ich, daß Frankreichs Faten auf der Zukunft beruhen, Deutschland müßte sich erholen. Jetzt sei der Augenblick gekommen, um die mögliche Maßnahme zu ergreifen, um die Bundesstaaten oder einzelne Gebiete von Deutschland zu trennen mit der ausgesprochenen Absicht, Freuden zu schwächen. Alles in allem bedauere ich Frankreich in seiner mißlichen Lage mehr denn je, denn ich sehe, daß es ein sehr gefährliches Spiel spielt.

Unter dem 21. April heißt es: Ein einflussreicher ideenschwangerer französischer General behauptet, daß wenn Deutschland nicht weiter durch Amputationen zum Krüppel gemacht und durch Wegnahme seiner Kohlenlager im Ruhrgebiete geschwächt wird, werde es binnen fünf Jahren einen Feldzug gegen Frankreich unternehmen.

Am 25. April 1921: Lord Hardinge erzählte mir, daß die Franzosen in das Ruhrgebiet gehen werden ganz gleich, ob die Deutschen das Londoner Ultimatum annehmen oder nicht.

Poincare befürchtet seinen Sturz.

In Pariser parlamentarischen Kreisen erklärt man, daß die Unversichert der Gegner des Kabinetts Poincare durch den Verlauf der Kammerdebatte über den Frankfurter Vertrag gesteigert worden sei. Es verläutet sogar, daß Poincare endlich mit seinem baldigen Sturz rechnet. Der parlamentarische Berichterstatter des „Petit Parisien“ erzählt, ein Mitglied des Kabinetts habe geäußert, er sei der einzige unter den französischen Ministern, der glaube, daß das Kabinett die Debatte überleben würde. Die Gegner des Kabinetts hätten ihren Angriff diesmal sorgfältig vorbereitet und schon Listen mit den Namen der künftigen Minister in den Wandelgängen aufhängen lassen. Poincare sei aber entschlossen, sich energisch zu verteidigen. Man spreche ihm die Absicht zu, durch die Stellung der Vertrauensfrage den Schluß der allgemeinen Debatte über die Regierungsvorlage und den Übergang zur Erörterung der einzelnen Artikel zu veranlassen. Dies wäre eine erste Gelegenheit für die Regierung, ihre Autorität im Parlament hervortreten zu lassen.

„Journes Industrielles“ führt aus, es sei offenbar, daß das Kabinett Poincare politisch verbraucht sei, wenn nicht in der Person seines Chefs, so doch wenigstens in seinen Mitgliedern. Aber es sei trotzdem ein Anlaß für das Land, wenn das Kabinett Poincare vor Annahme der Besetzung zur Bekämpfung des Frankfurter Vertrages zurück würde und zwar aus zwei Gründen. Der Besch einer Forderung, wie das Ruhrgebiet es darstelle, sei nur bei sanktionierten Forderungen möglich und Poincare habe auch die Weisheit, um das Land zur Annahme der notwendigen Kosten zu bestimmen.

Die französischen Ruhrgefangenen in St. Martin de Ree. Die Zahl der deutschen Ruhrgefangenen in dem französischen Gefängnis St. Martin de Ree hat sich noch nicht vermindert. Als Grund der Überführung der Gefangenen dorthin war seinerzeit von den Franzosen angegeben worden, daß die Gefangenen im Rheinlande und im Ruhrgebiet überfüllt seien. Das ist aber längst nicht mehr der Fall. In St. Martin de Ree werden die Gefangenen nicht wie politische, sondern wie kriminelle behandelt und mit Schwarzen zusammengewürfelt. Das Verfahren gegen die Untersuchungsgefangenen wird ver-

schleppt. Bei den Prozessen wegen angeblicher Spionage sind die deutschen Angeklagten, 88 an der Zahl, ohne Verteidigung gelassen.

Separatisten-Neuterei in Speyer.

Donnerstag abend meuterte die separatistische Besetzung im Regierungsgebäude in Speyer, weil ihre Forderung nach höherer Entlohnung und besserer Verpflegung nicht bewilligt worden war. Das anwesende Regierungsmitglied Schmitz-Epper stieß in die französische Kaserne. Von dort zog die berüchtigte separatistische Stoßtruppe der sogenannten Riegenden Ems, mit einer Kompanie Marokkaner nach dem Regierungsgebäude. Die Separatisten drangen von vorn und die Marokkaner von hinten ein und nahmen die 60 Meutern gefangen, fesselten sie an Händen und Füßen und sperren sie bei Wasser und Brot in die Keller des Regierungsgebäudes ein.

Die Rache der Pfälzer Separatisten.

Gegen die Ankläger bei der Olive-Untersuchung.

Die sogenannte „autonome Regierung“ ergreift Strafmaßnahmen gegen eine Reihe von Pfälzern, die sich bei dem englischen Generalkonsul Olive scharf gegen den Separatistenterror ausgesprochen haben. So wurden am 22. Januar zwei führende Mitglieder des Bingerbundes in Bad Dürkheim obwohl sie erklärt hatten, bei dem Empfang Elbes in Neustadt nicht anwesend gewesen zu sein, in Speyer einem 54-tägigen Verhör unterzogen. Von dem berüchtigten „Pressechef“ Schmitz-Epper wurde ihnen angedroht, 10 bis 15 Binger vom Rhein „sprizen zu lassen“, was heißt, sie auszuweilen. Durch weitere Drohung mit Verhaftung und Vermögensbeschlagnahme gelang es Schmitz-Epper, einen der beiden Herren so einzuschüchtern, daß er eine Erklärung unterschrieb, wonach die von dem Binger Bote aus Bad Dürkheim in Neustadt gemachten Ausführungen der Wahrheit nicht entsprächen. Das ganze bewegliche und unbewegliche Vermögen Elbes wurde von den Sonderbändlern wegen seiner scharfen Ausführungen gegen die Separatisten in Neustadt beschlagnahmt. Die unter Gewalt erpresste Erklärung wurde dem Generalkonsul Olive und General de Metz als Beweisstück für die angebliche separatistenfreundliche Gesinnung der Bevölkerung überhandt.

Eine Unterredung mit dem englischen Ministerpräsidenten.

Der Direktor des „Quotidian“ hatte eine Unterredung mit Ramsay MacDonald. Der englische Premierminister sagte: Man wirft Frankreich die Ruhrbesetzung vor, die nach unserer Ansicht die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage ist, welche heute auf England lastet. Man wirft Frankreich vor, daß es nicht genügend Rücksicht auf die höheren Interessen Europas genommen und daß es gar keine Rücksicht auf die besonderen Interessen Englands nehme. Außerdem wird nach allgemeiner Ansicht die moralische und finanzielle Unterstützung, die Frankreich den kleinen Nationen für ihre Bewaffnung angeheben läßt, einen neuen Krieg unvermeidlich machen.

Frankreich entwertet unser Volk das sich in aller Anfrichtigkeit fragt, ob es sich in die Notwendigkeit verjagt sieht, einerseits militärische Vorbereitungen zu treffen und andererseits neue Allianzen zu suchen. Er wollte nicht von der Verantwortung sprechen, welche Geschäftsleute und andere hinsichtlich gewisser größerer industrieller Kombinationen hätten, deren Entstehen man ankündigt und die gegen England gerichtet zu sein scheinen, er wolle auch nicht von der Verantwortung für die eigene Sicherheit sprechen, die von den Engländern angefaßt der ungeheuren Aufrüstung Frankreichs empfunden werde, aber er müsse sagen, daß die besten Weisheit beserat und misstrauisch seien. Es sei die Aufgabe der jetzigen Regierung, die Gefahren abzuschätzen, die der eben gekennzeichneten Zustand herbeiführen könnte. Seine persönliche Ueberzeugung sei, daß im Grunde genommen das englische und französische Volk Freundschaft füreinander empfinden. Deshalb müsse man es offen aussprechen, wodurch man alle Mißverständnisse beseitigen könne. — Er glaube nicht, daß die Sachverständigenausschüsse in dem engen Rahmen, den man ihrer Aktion gegeben habe, eine befriedigende Lösung schaffen können. Wir werden abwarten, bis die Ausschüsse selbst größeren Spielraum verlangen werden. Wenn sich Meinungsverschiedenheiten mit der französischen Regierung ergeben, würde man mit ihr verhandeln. Die härtesten Forderungen Frankreichs würden niemals genügen, die Sicherheit des französischen Gebietes zu gewährleisten. Er wünsche, daß Frankreich aufhöre, sein Vertrauen einzig und allein auf die militärische Macht zu gründen, und daß es bezweifle, wieviel größeren Schutz es im Völkerbunde finden könne.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund würde für Frankreich im Osten die beste Sicherheitsgarantie sein. Wenn der augenblickliche Zu-

stand andauert, wird man, ehe 20 Jahre vergangen sind, sehen, welche Art von Sicherheit die Ruhrbesetzung Frankreich gegeben hat. Wir müssen an die Zukunft und an die Erhaltung des Weltfriedens denken. Man kann nicht längere Zeit ungestraft eine Nation in ihren Interessen schädigen oder in ihrem Stolz erniedrigen.

Auf die Frage, ob MacDonald der Ansicht sei, daß die deutschen Demokraten aufrichtige Pazifisten und aufrichtig geneigt seien, Reparationen zu zahlen, antwortete MacDonald, er sei dessen sicher. Die Arbeiter haben die Absicht, eine Politik zu betreiben, die, soweit es in unserer Macht liegt, der deutschen Demokratie den Aufstieg zur Regierung erleichtert. Eine Politik, durch welche man den deutschen Reaktionen in die Hände spiele, wäre eine Torheit, die allen teuer zu stehen kommen würde.

Ueber die separatistische Bewegung im Rheinland und in der Pfalz sagte MacDonald, seine Ansicht sei sehr einfach, sie sei die von ganz England: Wenn eine separatistische Bewegung spontan aufsteigt, dann geht uns das gar nichts an, aber wenn diese Bewegung durch eine auswärtige Macht in Szene gesetzt wird, dann sind wir der Ansicht, daß der Friedensvertrag von Versailles verletzt ist, und wir werden uns daher formell weigern, diese separatistische Regierung anzuerkennen, die mit diesen Mitteln eingesetzt worden ist.

„Formell“ weigern, de facto nichts tun. Denn im Grunde genommen müssen Franzosen und Engländer Freundschaft füreinander empfinden. Das ist ja MacDonalds persönliche Ueberzeugung.

Der Reparationsplan Albertis.

Herabsetzung der deutschen Leistung.

Der italienische Vertreter im Sachverständigenausschuss Albertis veröffentlicht eine Betrachtung zur Reparationsfrage, in der er nachweist, daß, wenn Deutschland die Reparationslasten nach dem Londoner Zahlungsplan leisten müßte, das auf den Kopf des einzelnen umgerechnete deutsche Nationalvermögen von 1240 Dollar, die es im Durchschnitt vor dem Kriege ausgemacht habe auf 436 Dollar sinken würde. Albertis untersucht daraufhin die von den verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge und findet diejenige Lösung am besten, die die Streichung aller interalliierten Schulden und die Herabsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen auf 35 Milliarden Goldmark vorlieht.

Wie „New York Herald“ berichtet, beziehen sich die Untersuchungen der Sachverständigenausschüsse über die deutschen Eisenbahnen auf die Einnahmen auch aus den Ruhr-Eisenbahnen, die als Bestandteil der Eisenbahnen des Reiches betrachtet werden. Es sei möglich, daß ein Teil dieser Einnahmen, namentlich der aus dem Ruhrgebiet, ausschließlich für Reparationszahlungen Verwendung finden soll.

Lenins Begräbnis.

Am Sonntag nachmittag um 2 Uhr, zur Zeit der Bestattung Lenins, wurden gleichzeitig auf dem ganzen Territorium der Sowjetunion Gewehrsalven abgeschossen. Alle Fabriken und Betriebe salutierten mit ihren Sirenen die Eisenbahn stand 5 Minuten still, der Telegraph und die Radiostationen unterbrachen ihre Arbeit für 5 Minuten und gaben überallhin die Worte wieder: Lenin ist tot, aber sein Werk wird ewig leben; das drahtlose Telephon spielte den Trauermarsch.

Die Zahl derer, die am Samstag vorüberzogen, betrug über eine Million. Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau hatte im Namen der bei der Sowjetregierung benachteiligten Regierungen einen Kranz niedergelegt.

Eine umfangreiche, von Prof. Abruksow unterzeichnete Denkschrift über die Obduktion der Leiche Lenins hat die Wichtigkeit der Diagnose und der Behandlung bestätigt. Der Ausgangspunkt der Krankheit ist eine ausgebreitete Arteriosklerose der Gefäße, infolge ihrer vorzeitigen Abnutzung.

Felern in Berlin.

Unter starker Beteiligung fanden am Sonntag im großen Schauspielhaus und im zwei Festhallen Trauerfeiern für Lenin statt. Die Feiern verliefen ohne Zwischenfall. Vor dem großen Schauspielhaus hatte sich eine große Menschenmenge, meist jugendliche Personen, angesammelt, die der wiederholten Aufforderung der Polizei, die Straße freizugeben, nicht Folge leistete, sodas die Polizei zur Säuberung der Straße schreiten mußte.

Tele...
Montag...
en...
Kind...
erfolg...
Leys er...
Dieber...
Saison...
1/5 Uhr...
e (O. T.)...
8 Uhr...
ergarten...
setzung...
er Turnrat...
E. Stark...
eder...
tern...
stoffe...
ei. Sa...
n: ...
meine...
geb...
ns| ...
genü...
licher...
instr...
ue) ...
10...
7 Jan...
n...
ur...
ur

Der deutsche Richterbund zur Strafrechtsreform.
 Wie der Deutsche Richterbund mitteilt, hat die Strafkollegienkommission zur Strafrechtsreform eine Entscheidung, in der es heißt:
 Die Deutsche Richterschaft begrüßt die Verordnung über die Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4. Januar als einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiet der Strafkollegien. Zwar sind über einige Einzelheiten der Verordnung die Meinungen der Richter geteilt, die Nachteile werden aber durch die Vorteile aufgehoben, welche lange gehegten Wünschen weitestgehend entsprechen. Die stärkere Vertretung des Volkes in der Rechtspflege sei gewährleistet. In den Gerichten erster Instanz und in der Berufungsinstanz überall (für Männer und Frauen aus dem Volke neben den Berufsrichtern; sie arbeiten als Schöffen Hand in Hand mit den Richtern, nicht mehr, wie bisher beim Schwurgericht getrennt von den Richtern. Die Richter erhoffen von der völligen Durchführung des Schöffensprinzips, mit dem sie durchweg gute Erfahrungen gemacht haben, eine bedeutende Stärkung des Volkervertrauens zur Strafrechtspflege. Dem Deutschen Richterbund ist bekannt, daß die Verordnung in der politischen Tagespresse und insbesondere aus Kreisen der Anwaltschaft allgemein abfällig beurteilt worden ist, der Richterbund ist aber der Überzeugung, daß bei einer praktischen Durchführung der Verordnung ihre Vorzüge bald allgemein erkennbar hervortreten werden.

Kleine politische Meldungen.

Ein Befehl des Generals v. Seckl. General v. Seckl hat den Offizieren mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit verboten, an Berliner öffentlichen Stellen in Uniform teilzunehmen. Er selber, wie auch Admiral Behndt, haben dabei die Ehrenkarte, die sie für den Berliner Presseball erhalten hatten, mit bestem Dank mit dieser Begründung zurückgeschickt. Das Verbot erstreckt sich für alle öffentlichen Berliner Bälle der ganzen Saison.

Der Niesenschwindel im Wiederaufbaugebiet. Die Werte melbet, daß im französischen Wiederaufbaugebiet gegen insgesamt 58 Industrielle in der Wiederaufbaugebiet gerichtliche Ermittlungen eingeleitet seien. Vor allem hätten es zwei der bekanntesten und viel genannten Industriellen in Nordfrankreich verstanden, durch Ausnutzung der parlamentarischen Beziehungen sich 500 Millionen Franken zuzueignen zu lassen.

Die bolschewistische Gefahr in Indien! Trotz des Widerspruches der Regierung hat die gesetzgebende Versammlung von Kalkutta mit 76 Stimmen gegen 45 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der die Freilassung von 17 Personen gefordert wird, die ohne gerichtliches Urteil gefangen gehalten werden. Die Vertreter der Regierung erklärten, die Verhaftungen seien dringend notwendig gewesen und hätten dazu beigetragen, die Führer hätten mit Moskau in Verbindung gestanden und von dort Geld, Waffen und Munition erhalten.

Die Streitkräfte Obregons geschlagen. Obregons Lage in Aquascalientes ist gefährlich, weil die Anständlichen seinen Rückzug nach der Hauptstadt abgelehnt haben. Die mexikanische Revolution kann jetzt nicht mehr gestoppt werden. Der Washingtoner Korrespondent der „Morningpost“ meldet: Nach sicheren Berichten scheinen die Anhänger Obregons eine schwere Niederlage erlitten zu haben, während andererseits die revolutionäre Bewegung an Boden gewinnt. Die Anhänger Huertoes konnten ihre Stellungen überall behaupten und sogar verbessern. Das ganze Gebiet um Tampico und Cadonia mit Ausnahme von Tamaulipas selbst ist im Besitze der Revolutionäre. Die Streitkräfte der Revolutionäre sind stärker als die Regierungstruppen. Meldungen über eine Niederlage der Revolutionäre werden denontiert. Die Verbindung zwischen Mexiko und den Grenzländern ist vollkommen abgeschnitten. Die Revolutionäre beschlagnahmten Waffen, die seitens der

amerikanischen Regierung an die Regierung Obregon verkauft worden waren.

Von Stadt und Land.

Am, 28. Januar.

Annahme von Zahlungsmitteln bei den Kassen der Reichsfinanzverwaltung.

Bei den Steuerzahlern herrscht über die Zahlungsmittel, die im Barverkehr zur Begleichung von Abgaben an die Kassen der Reichsfinanzverwaltung angenommen werden, vielfach Unklarheit. Es wird deshalb auf Folgendes hingewiesen:

Reichswährung ist nach wie vor die Papiermark. Diese bildet das gesetzliche Zahlungsmittel. Darunter werden von den Kassen die Rentenbankscheine sowie die Rentenbanknoten in Zahlung genommen. Ebenso können die Goldbanknoten (aber nur die Stücke bis zu 5 Dollar) und die Reichsbanknoten über solche Stücke, sowie das wertbeständige und nichtwertbeständige Notgeld der Eisenbahnverwaltung an Zahlungsort hingewiesen werden. Wertbeständiges und nichtwertbeständiges Notgeld der Länder, Kreise und Gemeinden, Industrieunternehmungen usw. wird, soweit es nicht zur Einlösung ausgereift ist, von den Kassen ebenfalls in Zahlung genommen, wenn zur Ausgabe des Notgeldes die Genehmigung des Reichsfinanzministeriums erteilt ist. Lokales Notgeld (z. B. solcher von Gemeinden, Kreisen usw.) kann nur insoweit angenommen werden, als es am Ort der Kasse selbst oder in deren Bezirk ausgegeben ist; für die Inzahlungnahme von Notgeld mit größerem Umlaufgebiet (z. B. der Länder) ist Bedingung, daß die Kasse innerhalb dieses Umlaufgebietes liegt.

In der von den Steuerpflichtigen vielfach vertretenen Auffassung, daß die Kassen auch Anleihestücke usw. des Reiches zur Begleichung von Steuern in Zahlung nehmen, sei darauf hingewiesen, daß dies nicht der Fall ist, da andernfalls der eigentliche Zweck der Anleihen, dem Reich flüssige Geldmittel für längere Zeit zur Verfügung zu stellen, nicht erreicht werden würde. Insbesondere werden also nicht in Zahlung genommen die mit Anleihezeichen ausgestatteten Stücke der Goldanleihe, d. h. solche im Einzelwert von 42 Goldmark gleich 10 Dollar und mehr, die Dollaranleiheausweisungen, die auslosbaren Schatzanweisungen des Deutschen Reiches von 1923 (S. Schätze) sowie die hundertprozentigen auf Gold lautenden Schatzanweisungen, rückzahlbar am 1. Dezember 1932. Eine Ausnahme ist, wie erwähnt, lediglich für die nicht mit Anleihezeichen versehenen Stücke der am 2. September 1932 fälligen Goldanleihe, d. h. solche bis zu 5 Dollar zugelassen worden.

Riesenkundgebung der sächsischen Landwirtschaft im Zirkus Sarrasani Dresden.

Als Abschluß der vierten sächsischen landwirtschaftlichen Woche in Dresden fand am Freitag von 12 bis 3 Uhr nachmittags im Zirkus Sarrasani in Dresden die Hauptversammlung des Sächsischen Landbundes, der wirtschaftspolitischen Vertretung der sächsischen Landwirtschaft statt. Der Landesvorsitzende, Landtagsabgeordneter Sagenheiser begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die zahlreich vertretenen Landwirte aus allen Teilen des Reiches und des deutschen Auslandes, die Vertreter der Regierung, der Stadt Dresden und der Presse und ganz besonders General Müller und Prinz Friedrich Christian von Sachsen, die beide mit lebhaftem Beifall aus der Versammlung bejubelt wurden.

Dann hielt Watter Mühlhausen (Leipzig) eine von hohem vaterländischen Schwung und stürmischen Empfinden getragene Ansprache über nationale Pflichten der sächsischen Bauern. In unseren Zeiten verleihe man unter sozialer Feder nur immer die Rücksichtnahme aller gegenüber dem Proletariat. Das Proletariat habe aber verstanden, daß es auch sozial handeln müsse, sonst wäre es nicht in Scharen auf die Arbeiter hinausgezogen. Neben der sozialen Pflicht stehe

in erster Linie die nationale Pflicht. Die nationale Pflicht sei die Pflicht sich wehrhaft zu erhalten und sich wieder wehrhaft zu machen. Eine weitere nationale Pflicht sei die Pflege des Geistes und des Gemüts. Die deutsche Wiedergeburt blühe sich ganz schüchtern und leise an. Die Zeit sei reif für einen neuen Schritt, der diesen Strom in das richtige Bett zu leiten verstehe.

Ein Vertreter des Böhmischen Landbundes brachte dann die Wünsche der in Böhmen abgetrennten deutschen Brüder. Im Anschluß daran sprach der Vorsitzende des Deutschen Reichslandbundes Hüller (Spiegelberg) in außerordentlich anregender Weise über Gegenwarts- und Zukunftsfragen der deutschen Landwirtschaft. Durch die neuesten Veröffentlichungen von Aktien, insbesondere die russischen Bestechungsgelder für Poincare und die französische Presse, sind die wahren Kriegsschuldigen gerädert worden. Ein Volk, das sich seiner Macht begibt, wird wehr- und chlos. Dagegen gibt es nur eins: Den Wiederaufbau unserer Wehrmacht, der kommen muß, und wenn die ganze Welt dagegen ist. Dazu ist nötig, daß wir uns in Deutschland erst einmal verstehen lernen. Von Reichs fordern die Rentenbank größte Spargamkeit, Vordrucken, Wegfall der parteipolitischen Beamten, die keine Vorbildung haben und für die noch ein Zweites die Arbeit mache und vom Staate bezahlt werden müsse. Die Verbilligung der landwirtschaftlichen Produkte sei möglich und tragbar, wenn auch alle anderen Produkte unter Friedenspreis ständen. Weiter müsse die Rentenbank die Rückkehr zum föderativen Staatensystem verlangen, damit jede Gemeinde und jeder Staat seine eigenen Ausgaben bestreiten und nicht alles aus dem Reichsfiskus beglichen werde. Nach Abhängen des Deutschlandliedes sprach Landtagsabgeordneter Schreiber das Schlußwort. Damit hatte die impotente Veranstaltung, an der mehr denn 6000 Personen teilgenommen hatten, ihr Ende erreicht.

Eine Landtagsanfrage wegen der kommunistischen Unruhen in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg. Der Abgeordnete Leigt und 18 Mitglieder der Deutschen Volkspartei haben im Landtage folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: Im Industriegebiete Aue-Schwarzenberg haben sich neuerdings wieder Terror und öffentliche Unsicherheit breit gemacht. Am 23. Januar kam es in Schwarzenberg im Anschluß an Versammlungen zu Zusammenstößen zwischen Polizei und bewaffneten Demonstranten. Zahlreiche Verwundete und sogar Tote sind zu verzeichnen. Hat die Regierung alles getan, um dieser Entwicklung vorzubeugen? Wie gedenkt sie im Hauptindustriegebiete des Erzgebirges endlich Ruhe zu schaffen?

Sprechtag im Justizministerium. Da die Geschäftsleiter in Gnadenachen in letzter Zeit sehr wahllos an jedem Wochentage im Justizministerium vorprahlen, weist das Ministerium erneut darauf hin, daß nur der Montag und der Freitag von 9 bis 3 Uhr Sprechtag sind.

Freiung vom Schulbesuch am Frühjahrsbanktag. Die Verordnung über den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen und über die Verbindlichkeit der Eltern, Kindern und Jugendlichen in den öffentlichen Schulen vom 9. März 1923 ist durch Verfügung des Ministeriums für Volksbildung abgeändert worden. Fortan wird danach auch der evangelische Frühjahrsbanktag, neben den in der Verordnung angeführten Feiertagen der katholischen Kirche und der israelitischen Religionsgemeinschaft, als feierlicher Feiertag bestimmt, an dem den Schülern — jedoch nur soweit es zur Verrichtung ihrer religiösen Verpflichtung notwendig ist — auf schriftlichen Antrag ihrer Erziehungsverpflichteten vom Klassenlehrer, den Lehrern von der für sie zuständigen Stelle Unterrichtsbesetzung zu erteilen ist. — Aufgehoben wird der Absatz 2 der Verordnung, wonach in den öffentlichen Schulen jede Art religiöser Beeinflussung — Andachten, Gebete und Kirchenlieder — außerhalb des Religionsunterrichtes zu unterbleiben hat. Die neue Verordnung verweist im Anschluß an Art. 148 Abs. 2 der Reichsverfassung, der besagt: „Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Einwirkungen Andersdenkender nicht verletzt werden.“

Der tote Gast.

Novelle von Heinrich Böllke.

(8. Fortsetzung.)

Damit nahm die Unterhaltung, freilich anfangs etwas gezwungen, andere Wendung, und sie ging endlich auch in die alte Unbefangenheit und Gemütlichkeit über. Nur beim Hauptmann blieb unter allen Scherzen etwas Großartiges zurück. Frau Bantes schien es zu bemerken und füllte ihm wider ihre Gewohnheit öfter, das Glas. Friederike sah einige Mal mit starrem, forschendem Auge auf ihn hinüber. Und wenn sich beide zufällig mit den Blicken begegneten, war ihnen, als als täten ihre Seelen geheime Fragen aneinander; in Waldrichs Auge lag etwas, wie ein stummer Vorwurf, und in Friederikes Gemüt ward es, als vernähme sie von diesem Mitleid eine angenehme Antwort.

Die anderen blauderten anders; unterhielten sich wohl, und der Papa ersuchte wieder die volle Höhe seiner guten und mutwilligen Laune. Es traf sich eben, als man nach aufgehobener Tafel um den Tisch ging, um der schönen Königin des Festes den persönlichen Kuß zu geben, daß Waldrich und Friederike einander vor dem Vater Bantes begegneten.

„Ohre Mädchen!“ sagte der mutwillige Vater „denke dir jetzt unser Georg sei nun ein gewisser jemand, den ich bei Leibes- und Lebensende nicht nennen darf. bis er hier ist. Denke dir das, dann will der Kuß anders als ein gemeiner werden; versuchs mal du Mädchen.“

Waldrich und Friederike standen voreinander. Er nahm ihre Hand. Sich, Auge in Auge verloren, erstarrte fast wehmütig ansehend, neigten sie sich zum Kuße gegeneinander. Der Alte sprang mit einer komischen Bewegung auf die Seite, den Kuß zu sehen. Er war gegeben. Beide, indem sie sich ihre Hände fester zusammen, Waldrichs Augen verdunkelten von eine Träne. Sie neigten noch einmal die Lippen zusammen. Nach diesem Kuße schienen beide voneinander gehen zu wollen. Rasch noch einmal floßen beider Lippen zusammen. Waldrich

wante gegen ein Fenster und zeichnete gedankenlos mit dem Finger im angeklungenen Glase desselben.

Der Alte sah links und rechts mit dem Kopfe, während er abirgend keif und wie versteinert stand. „Was zum Anstand ist denn das? Was hat denn das Mädchen?“ rief er: „Was ist ihm begegnet?“

Frau Bantes senkte ihre Augen schweigend nieder auf den Brillantring ihrer Hand; sie wußte, was Friederike begegnet war und sagte zum Herrn Bantes: „Papa, schone jetzt das Mädchen. Daß es erst weinen.“

„Aber, aber, aber...“ rief der Alte heftig und tief zu Friederike: „Was hast du, Kind, was weinst du denn da so heftig? Was ist dir denn passiert?“

Sie weinte und erwiderte, sie wisse es selbst nicht. „Ah, Frauen und dergleichen!“ rief der Vater. „Dir ist etwas geschehen. Bist du gekränkt worden? Hat etwa die Mama...“

„Nein.“
„Oder der Hauptmann dir etwas gesagt?“
„Nein.“

„Dann, doch ich nicht? — Was? Rede doch, ich? Wegen des Spases? Darum weinst du?“

Frau Bantes zog ihn sanft an der Hand von Friederike zurück und sagte: „Papa, du hast dein Wort gebrochen und sie gekränkt. Du hast ihre Bitte verletzt und wieder, du weinst es wohl...“

„An den Jemand erinnert? — Hast Recht, ich hätte es nicht tun sollen. Daß gut sein, Mädchen; es geschieht nicht wieder. Wer nimmt aber dem Papa dergleichen auch auf der Stelle so hoch auf?“

Friederike beruhigte sich. Frau Bantes führte sie zur Halle. Waldrich mußte stimmen. Die Hölle ward gekostet. Man verstaute die neuen Rotenstücke. Friederike spielte die Harfe unter Waldrichs Flötenbegleitung portrefflich. Es ward noch ein schöner gemüthlicher Abend.

Veratungen.

Papa ... Wort. Mit seiner Stille mehr geschick Erwählung von dem gewissen Jenem. Gutes Treiben. Desto mehr dachte nun jeder im Hause an ihn. Regelmäßig morgens, mittags und abends ging Herr Bantes zum Barometer, klopfte an, um das Quecksilber zu machen, und für reisende, fränkliche

Deute schönes Wetter zu erzwingen. Friederike, wenn es niemand bemerkte, klopfte auch, um das Quecksilber fallen zu machen. Waldrich, nicht minder Frau Bantes, schickten auch öfter als sonst nach der weisagenden Nöhre Torricellis.

„Das Wetter bessert offenbar!“ sagte eines Tages Herr Bantes, da er sich mit der Mama allein im Zimmer befand. „Die Wolken zerteilen sich. Ich denke er ist schon unterwegs.“

„Das verhält Gott, Papa. Mir schiene überhaupt geratener, du würdest Herrn von Dahn schreiben, nicht vor Weihnachten nach Herbesheim zu kommen. Und wenn ich auch nicht an das alberne Geschwätz glauben mag, so kann man sich doch nicht erwehren, ängstlich zu sein.“

„Ei, ei, Mama! denkst du an den toten Gast? Pöffen! Schäm dich.“

„Ich geb' es zu. Heber Mann, es ist Torheit. Allein, es dürfte unserem Kinde in der Adventszeit begegnen, was wolle, man würde immer — ja, bloß der Gedanke daran könnte, wenn etwa Mädchen nur unpädagogisch würde, das Uebel verschlimmern. Und wenn ich auch nicht an Gespenster glaube, und wenn auch Friederike darüber lacht, möchten wir doch z. B. nicht nachts in der Kirche herumgehen. Der Mensch ist nun so. Verschiebe die förmliche Verlobung bis nach der fatalen Zeit. Noch Advent haben die jungen Leute noch hundert Jahre Muße, sich einander zu sehen, Verlobung und Hochzeit zu machen. Warum denn eben jetzt geist? Was schadet ein Verzug von wenigen Wochen?“

„Schäm dich, Mama! Mute mir nicht Torheiten zu. Eben deswegen gerade, weil der Bibbel kein Paragraf mit dem toten Gaste hat, muß Friederike jetzt Braut werden muß jetzt Verlobung sein. Man muß ein Beispiel geben. Es ist für uns Pflicht und dergleichen. Sehen die Leute in der Stadt, daß wir uns um keinen toten Gast bekümmern, daß wir unsere Tochter verloben allem Geschwätz zum Trotz, daß Mädchen den Kopf behält und ihrer feiner den Hals umdreht, so ist dem toten Aberglauben der Hals umgedreht auf immer. Den Leuten bloß predigen: seid einmal geknickt! tut Buße! werdet fromm! das hilft nichts; sondern häßlich voran. Herr Pfarrer, voran!“

„Befehl aber, Papa, dein Kind ist dir doch auch